

20 Jahre FriEnt Gemeinsam Prävention und Frieden stark machen

Für eine aktive deutsche Friedenspolitik

FriEnt Policy Brief

Dezember 2021

Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Als gemeinsame Plattform für die Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen hat die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung die deutsche Friedenspolitik seit 20 Jahren begleitet, beraten und unterstützt. Diese Erkenntnisse möchten wir hier aufgreifen und in die künftige deutsche Friedenspolitik einbringen.

FriEnt – die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung [↗] ist ein Zusammenschluss von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen. Im Dialog mit Mitgliedern und internationalen Partnern bündelt FriEnt Erfahrungswissen, friedenspolitische Fachlichkeit und Beratung. Ziel ist es, politische Agenden und Prozesse mitzugestalten sowie Friedensförderung weiterzuentwickeln und zu stärken.

FriEnt besteht seit 20 Jahren und hat aktuell sieben Mitgliedsorganisationen: Brot für die Welt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), das Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD), Misereor und die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (ab 2022 mit der Berghof Foundation).

Die deutsche Regierungspolitik wird in der internationalen Zusammenarbeit als eine starke Stimme für Frieden und globale Gerechtigkeit geschätzt und anerkannt. Deutschland ist mit Abstand führender Akteur und wichtigster Geber für Friedensförderung, zivile Konfliktbearbeitung und Prävention und hat sein Engagement in den letzten Jahren kontinuierlich verstärkt und weiterentwickelt. Die ressortgemeinsamen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ [↗] bilden dabei das Fundament für eine „Friedensinfrastruktur“ – auch für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

In den nationalen Debatten vor der Regierungsbildung bekam das globale Engagement für Frieden, Entwicklung und Sicherheit hingegen wenig Aufmerksamkeit. Umso wichtiger bleibt für die neue Bundesregierung das gemeinsame politische Bekenntnis, dass eine aktive deutsche Friedenspolitik auch für die Zukunft unverzichtbar ist. Prävention und Gewaltverhinderung mit zivilen Mitteln sollten dabei im Fokus allen Regierungshandelns stehen.

Krisen und Gewaltkonflikte machen nicht an Ländergrenzen halt und haben direkte Auswirkungen für die Bewältigung globaler Herausforderungen und Entwicklungsziele. Rund zwei Milliarden Menschen, also etwa ein Viertel der Weltbevölkerung, leben weltweit in fragilen, von Gewalt und Konflikten geprägten Staaten, und mehr als 80 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht oder wurden

gewaltsam vertrieben – die höchste Zahl seit dem zweiten Weltkrieg. Hinzu kommen die Auswirkungen des Klimawandels und die Covid-19 Pandemie, die Armut, Hunger und Ungleichheit weiter verschärfen. Weltweit werden dadurch Friedens- und Reformprozesse gefährdet, Menschenrechte bedroht und politische Handlungsräume für Oppositionelle, Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Akteure massiv beeinträchtigt.

Friedensförderung, internationale Zusammenarbeit und globale Verantwortung sind keine Nischenaufgabe der Entwicklungspolitik. Wie im Koalitionsvertrag schon formuliert, muss das konsequente Engagement für Frieden, Rechtsstaatlichkeit und globale Gerechtigkeit Leitprinzip für alles Regierungshandeln sein und Zukunftsaufgaben über alle Politikfelder hinweg kohärent in den Blick nehmen. Die ressortgemeinsamen Leitlinien sind dafür eine wichtige Grundlage – entscheidend ist aber die politische Praxis. Wirksame Friedenspolitik ist langfristig, inklusiv und mehrdimensional. Wichtige Elemente dafür sind für die deutsche Friedenspolitik schon angelegt, müssen aber noch weiter ausgefüllt werden.

Entscheidend sind dafür vor allem zwei Ansatzebenen: Integrierte Ansätze, die unterschiedliche Ressorts und Handlungsfelder verknüpfen, damit Unterstützungsleistungen sinnvoll ineinander greifen, und eine inklusive Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft – in Deutschland, in Europa und im globalen Süden. Eine Friedensinfrastruktur braucht ein starkes Fundament und breite Netzwerke: Für eine nachhaltige Friedensordnung auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene, für die Bearbeitung globaler Herausforderungen und für die Veränderung internationaler Strukturen, um das Nord-Süd-Gefälle zu überwinden.

Mit Netzwerken und Partnerschaften inklusive Friedenspolitik gestalten

Mit den Leitlinien, die in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt wurden; mit einer vielfältigen Akteurslandschaft aus Forschung, Politik und Praxis und gemeinsamen Netzwerken sowie mit besonderen Instrumenten wie dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) hat Deutschland im internationalen Vergleich gute Ansätze und Konzepte für eine aktive Friedenspolitik. Dennoch zeigt die bisherige Bilanz, dass dieses Potenzial noch nicht umfassend ausgeschöpft und genutzt wird. Die deutsche Friedenspolitik kann mehr!

→ Prävention und Friedensförderung konsequent für integrierte Ansätze und Synergien in der politischen Praxis nutzen

- Damit die Friedensdimension und das Primat der Prävention konsequent im Mittelpunkt des Regierungshandelns stehen, müssen Zielkonflikte, Risiken und mögliche negative Effekte der Ressortaktivitäten kontinuierlich überprüft, reflektiert und adressiert werden. Außen-, entwicklungs- und wirtschaftspolitische Aktivitäten aller Ressorts müssen aufeinander abgestimmt sein, um mögliche konfliktverschärfende Wirkungen der Politikbereiche zu reduzieren und die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Stärkung lokaler Potentiale in den Mittelpunkt zu stellen. Wichtige Elemente dafür sind zentrale Umsetzungsprinzipien wie der Menschenrechtsansatz, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie der Schutz von Minderheiten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen (*Leaving no one behind*) und eine konflikt sensible Gestaltung der Ressortaktivitäten.
- Wichtige Voraussetzungen für eine kohärente Friedenspolitik sind Transparenz und Kommunikation in der Ressortzusammenarbeit, eine aktive Strukturpolitik auf internationaler Ebene zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles, schlanke Verfahren für Abstimmung und Kooperation auf allen Handlungsebenen und ein kontinuierlicher Dialog mit der Zivilgesellschaft – in Deutschland und bei der Zusammenarbeit in und mit Partnerländern.

“ Wirksame Friedenspolitik ist langfristig, inklusiv und mehrdimensional

→ **Partizipation und Dialog statt Konsultation. Inklusive Partnerschaften und aktive Unterstützung für lokale Friedensakteure.**

— Nachhaltiger Frieden ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess und darf „niemanden zurücklassen“. *Leaving no one behind* ist ein zentrales Gestaltungsprinzip für die Umsetzung der globalen Entwicklungsziele der [Agenda 2030](#) ↗ und damit auch Maßgabe für das deutsche Regierungshandeln in der internationalen Zusammenarbeit. Staatliche und gesellschaftliche Akteure stehen gemeinsam in der Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit, für Transparenz und Rechenschaftslegung und für eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten. Eine nachhaltige Friedensordnung für alle gesellschaftlichen Gruppen ist deshalb nur möglich, wenn es auch inklusive Teilhabe gibt. Eine inklusive Friedensordnung, die alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht, ist besonders krisenfest und nachhaltig und trägt so aktiv dazu bei, gewaltsame Konflikte zu verhindern. Besonders in der Entwicklungspolitik gibt es zwar Dialog und Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland und in den jeweiligen Konfliktkontexten; insgesamt bieten die Ressortaktivitäten aber wenig Raum für das gemeinsame Gestalten von Ansätzen und inklusiven Prozessen.

“ Nachhaltiger Frieden ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess

— Wichtige Elemente für aktives, inklusives Regierungshandeln sind Transparenz und Information, d.h. frühzeitig Möglichkeiten für Austausch und Teilhabe an der Politikgestaltung zu schaffen – für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland und lokale Akteure in den Partnerländern. Das erweitert Perspektiven, Handlungsräume und Erfahrungen und verbessert so die Wirksamkeit und Relevanz der Friedensförderung. Ebenso wichtig ist eine direkte Unterstützung für lokale Friedensakteure, besonders für Kontexte, in denen auch der Staat Konfliktpartei ist oder gesellschaftliche und politische Handlungsräume gefährdet sind. Ein positives Beispiel dafür ist die Begleitung durch den [Zivilen Friedensdienst \(ZFD\)](#). ↗ Eine aktive Unterstützung ist aber auch mit weiteren Fördermaßnahmen in der Außen- und Entwicklungspolitik möglich und notwendig. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure leisten dabei jeweils wichtige Beiträge und können sich in ihren Ansätzen, Konzepten und Erfahrungen für eine kohärente Friedensförderung sinnvoll ergänzen.

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung als zentrale Plattform für Prävention und Friedensförderung

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) hat die deutsche Friedenspolitik seit 20 Jahren begleitet, beraten und unterstützt. FriEnt bietet Raum für eine vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe, für kritischen und offenen Diskurs. Im Mittelpunkt steht dabei der Dialog von Staat und Zivilgesellschaft für die gemeinsame Aufbereitung von Erfahrungen mit lokalen und internationalen Partnern über Politikfelder und Akteursgruppen hinweg.

Aus der gemeinsamen FriEnt-Arbeit kennen wir die Herausforderungen für die Gestaltung und Umsetzung einer kohärenten Friedenspolitik. FriEnt-Erfahrungen zeigen, dass sich Synergien und Schnittstellen zwischen verschiedenen Politikfeldern gezielt für eine aktive Friedenspolitik nutzen lassen. Positive Beispiele dafür sind friedenspolitische Perspektiven für die Bearbeitung von [Land- und Ressourcenkonflikten](#) ↗ und der [Folgen des Klimawandels](#); ↗ für die Verknüpfung von [Wirtschafts- und Friedensförderung](#); ↗ für die [Stärkung der Friedenssäule in Krisenkontexten](#) ↗ (*Humanitarian-Development-Peace Nexus*); für [Digitalisierung als Gestaltungselement für Friedensprozesse](#) ↗ und für [konfliktsensible Ansätze zur Bewältigung der Covid-19 Pandemie](#) ↗, die auch demokratisches Regieren und den Schutz der Menschenrechte fördern. FriEnt bietet mit spezifischen Veranstaltungsformaten den Raum, diese Herausforderungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu reflektieren und neue Lösungsansätze zu identifizieren.

Friedensförderung braucht Zusammenarbeit und gemeinsames Agenda Setting. Als gemeinsame Plattform für Dialog und Erfahrungsaustausch über Akteurs- und Politikfelder hinweg kann FriEnt als Partner und Akteur dabei auf verschiedenen Ebenen aktiv unterstützen:

- Durch vielfältige Perspektiven und Umsetzungserfahrungen hat FriEnt friedenspolitische Expertise und praktische Erkenntnisse für die Bearbeitung aktueller Themen und Herausforderungen – auch für gemeinsame und integrierte Ansätze.
- FriEnt steht über seine Mitglieder und Partnerorganisationen im ständigen Austausch mit Friedensakteuren in Konfliktkontexten und hat durch diese Zusammenarbeit und Vernetzung breites Erfahrungswissen für inklusive Friedensprozesse, zivile Konfliktbearbeitung und lokales Ownership.
- FriEnt ist auf europäischer und internationaler Ebene vernetzt und bietet damit Schnittstellen und Zugänge für Dialog, für globale Foren und Diskurse und für die internationale Vermittlung von Themen und Anliegen der deutschen Friedenspolitik. [Das FriEnt Peacebuilding Forum](#) bietet als wichtigste internationale Friedenskonferenz im deutschsprachigen Raum dafür eine zentrale Plattform und gibt Impulse für eine aktive Friedenspolitik über Akteursgruppen und Handlungsfelder hinweg. Ziel ist es, politisches „Silo-Denken“ zu überwinden und friedenspolitische Ansätze breit zu verankern bzw. Synergien und Potenziale für Friedensförderung und Prävention zu erschließen und zu stärken.

“ Ziel ist es, politisches „Silo-Denken“ zu überwinden und friedenspolitische Ansätze breit zu verankern

Dieses Zusammenwirken aus vielfältiger Expertise und partnerschaftlicher Zusammenarbeit prägt FriEnt als Ansprechpartner für politische Akteure aus Parlament und Ressorts und als offenes Forum für eine ergebnisorientierte und aktive Friedenspolitik – auch im Sinne einer Lokalisierung integrierter Ansätze, wie im Koalitionsvertrag schon angekündigt: Für ein kohärentes und flexibles Regierungshandeln und ein gemeinsames Engagement von Staat und Zivilgesellschaft für Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltigen Wandel.

Herausgeber

FriEnt – Arbeitsgemeinschaft
Frieden und Entwicklung
c/o GIZ
Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn
Deutschland
info@friente.de